

zu neigten beziehungsweise sich mit juristischen „Tricks“ wie der Umsetzung ganzer Richtlinienpakete durch Exekutivmaßnahmen behelfen. Zumal *Hampel* unterstreicht, dass die vorhandenen Erklärungsmodelle nicht hinreichend tragen, um die maßgeblichen Faktoren für die unterschiedliche Geschwindigkeit der Richtlinienimplementation zu identifizieren, hätte eine Beleuchtung der Situation in weiteren EU-Staaten den Erkenntnisgewinn ihrer Arbeit deutlich gesteigert.

Zudem bleibt offen, inwiefern die Europäische Kommission selbst – und andere EU-Institutionen wie etwa der Europäische Gerichtshof – sich im Verlauf kritischer Umsetzungsprozesse de facto zu weiteren Vetospielern entwickeln. *Hampel* deutet eine solche Tendenz in ihrem Fazit an, indem sie feststellt, dass die ausgesprochen rasche Umsetzung der Richtlinie durch die Große Koalition in Deutschland bei unveränderter Vetospielerkonstellation vor allem dadurch motiviert war, dass die EU Sanktionsmaßnahmen angedroht hatte. Die Autorin stellt hierzu fest, dass diese Entwicklung von der Vetospielertheorie nicht hinreichend erklärt werden könne und behilft sich damit, diese als externen beziehungsweise „Störfaktor“ zu bezeichnen. Dies bleibt unbefriedigend, zumal *Hampel* in ihrem Gesamtfazit zuzustimmen ist, dass die Sanktionsmöglichkeiten des EU-Rechts auch bei ungünstigen nationalen Vetospielerkonstellationen letztlich eine Implementation von Richtlinien erzwingen, allerdings mit teilweise enormen zeitlichen Verzögerungen. Dies drängt die Frage auf, inwiefern vor allem die EU-Kommission, die diesen Druck erst erzeugen und sich der Sanktionsinstrumente des EU-Rechts bedienen kann, de facto zu einem Vetospieler wird, der mächtig oder sogar übermächtig auf nationaler Ebene agiert und dessen Einfluss – wie gerade *Hampels* Fallbeispiel Deutschlands zeigen könnte – den aller übrigen nationalen Vetospieler überflügelt. Zwar gelten die bekannten Einschränkungen des EU-Rechts, wonach rechtliche Sanktionen erst nach dem Umsetzungszeitraum angedroht werden können, während inhaltlich nur eine Mindestannahme der Vorgaben (1:1-Umsetzung) verlangt werden darf. Sind diese Voraussetzungen jedoch erfüllt, wäre zu prüfen, ob die EU-Kommission eine neue Rolle als zentraler Akteur oder gar Vetospieler einnimmt, der zumindest zwei Optionen unmöglich macht: die Nichtumsetzung einer Richtlinie oder deren Umsetzung hinter den geforderten Mindeststandards.

Insgesamt ist das Fazit der Arbeit aufgrund der Fallstudien durchaus überzeugend. Lobend ist hervorzuheben, dass *Hampel* selbst die Grenzen und eine mögliche Entwicklung der Vetospielertheorie diskutiert. Der Leser wünscht sich dennoch nach der Lektüre eine weitergehende Analyse unter Einbezug anderer EU-Staaten und der EU-Institutionen. Daraus würde sich unter Umständen ein auch theoretisch noch breiter gefächertes Bild ergeben.

Cordula A. Janowski

50 Jahre V. Republik Frankreichs

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2007. 50 Jahre V. Republik, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, 324 Seiten, € 44,90.

Zum 50. Jahrestag des Bestehens der V. Republik erschienen, wählt das Frankreich Jahrbuch natürlicherweise ihr politisches System zum Schwerpunkt. Insgesamt zwölf Beiträge (acht von französischen Autoren, drei von deutschen, einer von einem Engländer), hervor-

gegangen aus der Jahrestagung des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg vom 28. bis 30. Juni 2007, analysieren unterschiedliche Aspekte eines politischen Systems, das der Politikwissenschaft weiterhin Schwierigkeiten bereitet, es in ihre herkömmlichen Kategorien einzuordnen. Die Autoren sind Politikwissenschaftler und Verfassungsrechtler, Politiker und Politikberater; entsprechend unterschiedlich ist ihre Herangehensweise. Die behandelten Themen umfassen Verfassungsfragen, politische Parteien und Partizipation, die Beziehungen zwischen Politik und Gesellschaft, Politikfelder und ideologische Aspekte. Hier seien einige herausgegriffen.

Der der UMP-Fraktion angehörende Senator und ehemalige Außenminister *Jean François-Poncet* verteidigt in einem knappen Essay die Verfassungsordnung der V. Republik, wobei er vor allem ihre Stabilität hervorhebt, die sich von den häufigen Regierungskrisen der III. und IV. Republik abhebt. Er weist zu Recht darauf hin, dass die Verfassung von 1958 das parlamentarische System nicht abschaffen, sondern erneuern, „rationalisieren“ wollte. Auch wenn sie also kein präsidentielles System begründete, führten „die Umstände“ (S. 33) – also der bis 1962 dauernde Algerienkrieg, das präsidentialistische Temperament *Charles de Gaulles*, die 1962 beschlossene Direktwahl des Staatspräsidenten sowie seine 2000 auf fünf Jahre verkürzte Amtszeit in Verbindung mit der Festlegung der Wahltermine – zu einer ausgeprägten Präsidentialisierung der V. Republik. Auch *François-Poncet* ist der Meinung, dass diese Entwicklung Korrekturen verlangt, die vor allem das Parlament stärken und der Opposition „neue Rechte und Mittel“ (S. 35) geben sollten.

Mit dieser positiven Einschätzung kontrastiert die deutliche Kritik von *Nicolas Tenzer*. Seine Vorwürfe an die Institutionen der V. Republik sind scharf: Er tadelt „mangelnde Transparenz, unzulängliche Kontrollen und Gegenkräfte, Begünstigung von Abreden, Dominanz des Profitdenkens“ (S. 187). Außerdem leide „die institutionelle Praxis [...] seit ungefähr zwanzig Jahren an Entscheidungsschwäche und Demokratiemangel“ (ebenda). Er plädiert für eine Veränderung hin zu „einem strikten Präsidialsystem“ (S. 190), geht aber kaum auf die Frage ein, ob ein solches mit dem polarisierten Parteiensystem funktionieren könnte. Interessant ist der allerdings nicht vertiefte Gedanke, dass die Institutionen ein Spiegelbild der Gesellschaft, ihres Wertesystems und der vorherrschenden Verhaltensweisen sind.

Hervorzuheben ist auch der instruktive Beitrag von *Roland Höhne* über das französische Parteiensystem. Mit dem Aufzeigen der großen Entwicklungslinien und der Konzentration auf die Kernprobleme bringt er Klarheit in die den deutschen Leser mitunter verwirrenden Abspaltungen, Neugründungen, Zusammenschlüsse und Auflösungen oder auch nur einfache Namensänderungen. Mitunter wünscht man sich jedoch etwas mehr Analyse der trefend beschriebenen Entwicklungen (zum Beispiel Zunahme der Volatilität des Wählerverhaltens, Niedergang der Kommunistischen Partei (PCF), Aufstieg und Niedergang des Front National).

Besonders leenswert ist der brillante Aufsatz von *Jack Hayward*, dem Doyen der britischen sozialwissenschaftlichen Frankreichforscher, über „Französische Rückzugsgefechte gegen die Liberalisierung“. Die Abwehr des Wirtschaftsliberalismus ist in der französischen Gesellschaft wie im politischen Denken tief verwurzelt und gehört zum Erbe des Marxismus wie des Katholizismus. Auch wenn die PCF als wichtigste Vertreterin der marxistischen Ideologie zu einer marginalen Partei geschrumpft ist und der Einfluss der katholischen Kirche wie überall in Westeuropa, so auch in Frankreich deutlich zurückgegangen ist, „bleiben deren Grundannahmen stark konvergierende Hemmnisse für den [...] Liberalis-

mus“ (S. 215). Infolgedessen erstreckt sich der Antiliberalismus auf die Linke wie die Rechte. So nannte schon *de Gaulle Jean Monnet*, immerhin der Vater des Plankommissariats, aber als Unternehmer auch jemand, der die Rolle des Marktes praktisch erfuhr und sie nicht in Frage stellte, einen „großen Amerikaner“ (was keineswegs als ein Kompliment gemeint war). Der ehemalige Premierminister *Dominique de Villepin* rief noch angesichts der drohenden Übernahme eines französischen Unternehmens durch ein US-amerikanisches pathetisch zum „Wirtschaftspatriotismus“ auf. Und *Jacques Chirac* verstieg sich gar zu einem Vergleich des Liberalismus mit dem Kommunismus, die beide „Perversionen des menschlichen Denkens“ (S. 223) seien. Besonders augenfällig ist der Widerstand gegen den Liberalismus in der Sozialistischen Partei. Im Scheitern der beiden sozialliberalen Reformer, *Jacques Delors* und *Michel Rocard*, von *Hayward* kenntnisreich beschrieben, kann man einen aufschlussreichen Beleg dafür sehen. Eine Prognose wagt *Hayward* nicht, aber die Chancen, die Anwendung liberaler Normen und Praktiken durchzusetzen, hält er mit der Wahl *Nicolas Sarkozys* für so gut wie nie zuvor. Da es aber keine „umfassende ideologische Umkehr, sondern eine wohl kalkulierte und pragmatische Anpassung“ an die liberalen Kräfte geben dürfte (S.228), werden traditionalistischer Diskurs und eine schon weiter fortgeschrittene liberale Praxis weiter „koexistieren“.

Es wäre reizvoll gewesen, die Aufsätze, die ein facettenreiches Bild geben, durch ein das politische System der V. Republik kritisch bilanzierendes Streitgespräch zwischen einem französischen und einem deutschen Wissenschaftler zu ergänzen, um zu erkennen, ob es unter den Politologen der beiden Länder noch national bedingte Unterschiede der Beurteilung gibt.

Auch dieser Band enthält abschließend einen Dokumentationsteil mit einer Chronik, sozioökonomischen Basisdaten, Wahlergebnissen und einer Bibliographie, der das Jahrbuch zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für jeden Frankreichforscher macht.

Adolf Kimmel

Leistungsfähigkeit internationaler Institutionen

Hasenclever, Andreas, Klaus-Dieter Wolf und Michael Zürn (Hrsg.): Macht und Ohnmacht internationaler Institutionen. Festschrift für Volker Rittberger, Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York 2007, 393 Seiten, € 39,90.

Die vorzustellende Aufsatzsammlung ist eine Festschrift zum 65. Geburtstag des Tübinger Friedens- und Konfliktforschers *Volker Rittberger*. Herausgegeben haben sie *Andreas Hasenclever, Klaus-Dieter Wolf* und *Michael Zürn*, die sich wie alle darin versammelten Autoren der „Tübinger Schule“ im Sinne von *Rittbergers* Forschung und Engagement verbunden fühlen. Das Buch wirkt wie ein Kaleidoskop zum gewählten Thema „Macht und Ohnmacht internationaler Institutionen“. Es ist in drei thematische Einheiten gegliedert, die sich mit (1) der Zukunft der transatlantischen Beziehungen, (2) Merkmalen für die Leistungsfähigkeit internationaler Institutionen und (3) friedens- und entwicklungspolitischen Leistungen internationaler Institutionen beschäftigen. Die meisten Aufsätze enthalten ei-